

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Österreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (H.) Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beihelle: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 A. Columnen resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 A. — Kellente 3-gespalten 1 M 50 P — Columnen 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 21. März.

1. Uhr. Am Bundesrathliche: v. Bronsart, v. Caprivi, v. Boetticher u. A.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt. Beim Etat der Kaiserlichen Marine werden die fortwährenden Ausgaben ohne Debatte genehmigt.

Bei den einmaligen Ausgaben, Tit. 6 (zum Bau eines Minendampfers, erste Rate 275 000 M.) werden auf Antrag der Kommission von der in Ansatz gebrachten Summe 175 000 M. abgesetzt, mithin nur 100 000 M. bewilligt.

Der Rest des Kapitels wird ohne Diskussion genehmigt. Es folgt der Etat des Reichsheeres. Bei Kap. 24 (Geldverpflügung der Truppen), Tit. 2 (Militär-Merzte) wählt

Abg. Meunier die Beförderung der Oberärzte bis zur Gehaltsstufe der Majors, denen sie im Range gleichstehen. Die Oberärzte bekleiden eine überaus wichtige Funktion. Unsere militärische Organisation sowohl, als die Art, wie sie gehandhabt werde, habe die ungetheilte Bewunderung des Auslandes; eine angemessene Befoldung der Militärärzte sei daher wohl am Platze.

Kriegsminister v. Bronsart: Die Anregung des Wortredners wird von der Verwaltung im Auge behalten werden; ob wir ihr jedoch schon im nächsten Etat werden Folge leisten können, kann ich noch nicht versprechen.

Zu Titel 8 (Für Kommandirte Offiziere u. Kommandoanlag) beantragt die Kommission statt der geforderten 1 294 000 Mark nur 1 280 000 M. zu bewilligen.

Abg. Dr. Baumbach (Berlin, frz.) erklärt sich gegen die ganze Position, welche der vorige Reichstag aus Rücksicht auf die Finanzlage abgelehnt habe. Die finanziellen Gründe, die damals den Ausschlag gaben, wären heute noch geltend. Redner will keinen Antrag auf Beförderung der Position stellen, da er bei der Zusammenfassung des Hauses und nach der Abstimmung in der Kommission doch ausbleiben würde. Für das Gesetz werde hauptsächlich der dem Bundesrath vorliegende Antrag Preussens auf Neueingliederung der bei den Mandatern entstehenden Einquartierungsleistungen angeführt; aber unmöglich könne man aus Rücksicht auf ein noch gar nicht bestehendes Gesetz diese Bewilligung schon jetzt machen.

Abg. von Köller (Konst.) tritt für die Position ein. Gerade der Antrag Preussens beim Bundesrath, welcher einem allgemeinen Wunsche entspreche, mache es notwendig, die in Aussicht stehende Mehrbelastung der Offiziere durch Erhöhung der Kommandobudgete auszugleichen.

Abg. Frhr. v. Suene (Centr.) motivirt die Abstimmung seiner Partei in der Kommission zu Gunsten der Position damit, daß es notwendig sei, die bei den Mandatern entstehenden Einquartierungsleistungen für die Betroffenen zu erleichtern. Sollten aber die Offiziere mehr als bisher für ihre Bedürfnisse eintreten, so müßten sie anderweitig dafür entschädigt werden.

Abg. Richter (frz.) bespricht den engen Zusammenhang zwischen der Kommandobudgete und der Erleichterung der Einquartierungsleistungen. Die erstere werde vielfach solchen Offizieren zu Gute kommen, die durch die Mandatverhältnisse in keiner Weise mehr als bisher belastet seien.

Abg. Kalle (nl.) tritt für die Position ein, indem er seine Befriedigung darüber ausdrückt, daß die freisinnige Partei keine Anträge auf Ablehnung der in der Kommission bewilligten Titel stellen wolle.

Der Titel wird hierauf nach dem Antrage der Kommission angenommen.

Ein entsprechender Abstrich, wie der hier von der Kommission beantragte erfolgt dem Antrage der Kommission gemäß, bei den Etats für Sachsen und Württemberg.

Zu Kap. 24 (Naturalverpflügung) Tit. 4 (Brot- und Konvaleszenzverpflügung) wird auf Antrag der Kommission hinzugefügt: „Die Berechnung erfolgt nach der Höhe der bis zum Etatsjahre 1886/87 gültig gewesenen Nationalität.“

Der Rest der dauernden Ausgaben wird desatelllos bewilligt, ebenso Titel 1—18 der einmaligen Ausgaben.

Zu Tit. 19 werden vom Bau einer Kaserne in Mittenburg als erste Rate 4000 M. verlangt.

Abg. Graf Dohna-Rudowitz (Konst.) bittet um Ablehnung der Position. Die Kaserne solle für eine Mannes-Gesellschaft gebaut werden, deren Garnisonsort bisher die Stadt Mittenburg in Westpreußen sei. Die Verlegung der Kaserne würde den letzteren Ort sehr schwer treffen.

Oberlieutenant Schulz tritt für die Position ein. Die Verlegung der Kaserne sei durchaus notwendig, da in Mittenburg die Einquartierungs- und Übungsplätze unzulänglich seien, auch der Ort wenn Kilometer weiter von der Grenze entfernt sei als Mittenburg. Die Position wird darauf bewilligt.

Tit. 22 (Neubau und Ausstattung einer Garnisonwacheanstalt in Bromberg, 110 000 M.) wird nach dem Antrage der Kommission gestrichen.

Bei Tit. 23 (Erweiterungsbau des Generalkommando-Dienstgebäudes für das 2. Armee-Korps in Stettin, letzte Rate, 120 000 Mark) beantragt

Abg. v. Köller (Konst.), daß in der Kommission kein Antrag, diese Position abzulehnen, keine Annahme gefunden habe. Der von der Verwaltung projektierte Bau sei ganz unzulänglich, da der kommandierende General viel zu sehr in seinen Mannschaften beschränkt werde. Redner hält einen völligen Umbau des bisherigen Gebäudes für viel richtiger.

Kriegsminister v. Bronsart hält es für notwendig, daß auch die Dienstwohnungen der Kommandanten auf das Nothwendigste beschränkt und auf das Sparförmigste eingerichtet würden. (Beifall.) Gerade von den höheren Stellen aus müsse das Beispiel zur Vermeidung alles der Verwaltung vertheuernden Luxus gegeben werden. (Beifall.) Dem wünschenswerthen Bedenken werde durch das Projekt der Militärverwaltung Rechnung getragen.

Abg. Dr. Baumbach (frz.) findet es merkwürdig, daß Herr von Köller, der es der freisinnigen Partei immer zum Vorwurf mache, wenn sie etwas besser wissen wolle, als die Militärverwaltung, hier der letzteren entgegenstehe und päpstlicher sein wolle als der Papst. Wenn die Militärverwaltung selbst keine höheren Forderungen stelle, habe das Haus gewiß keine Veranlassung dem entgegenzutreten.

Der Titel wird bewilligt.

Die für den Neubau einer Kaserne für drei Kompanien Infanterie in Minden als erste Rate geforderten 100 000 M. und die für den Neubau einer Kaserne nebst Zubehör und Ausstattungsgegenständen für eine Abteilung Feld-Artillerie nebst Regimentstab — früher für zwei Batterien Feldartillerie — in Mainz geforderte Summe von 350 000 M. werden gestrichen.

Titel 42 fordert 10 000 M. für Neubau und Ausstattung bergwärtiger eines Kasernelements für ein Regiment Kavallerie in Darmstadt.

Die Kommission schlägt vor, nur 6000 M. für drei Eskadronen zu bewilligen.

Abg. Böhm (nl.) bittet um Streichung der Position mit Rücksicht auf die Interessen der jetzigen Garnisonierten in Badenhausen. Oberlieutenant Schulz erklärt die Kasernelementenverhältnisse in Badenhausen für vollkommen mangelnd. Die betreffenden Baulichkeiten seien in einem Zustande, daß die Militärverwaltung die fernere Verankerung für Leben und Gesundheit der dort untergebrachten Leute nicht länger übernehmen könne.

Abg. Kalle (nl.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Böhm an.

Kriegsminister v. Bronsart erklärt es für unmöglich, daß die Garnison in Badenhausen bleibe, ohne daß dieselbst kostspielige Neubauten errichtet würden. Das militärische Interesse verlange Neubauten in Dornstadt und nicht in Badenhausen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf mit 127 gegen 105 Stimmen angenommen.

Titel 61 schlägt die Kommission vor, in folgender Fassung zu bewilligen: Zur Erweiterung des südlich der Hauptkaserne anstalt zu Groß-Lichterfelde belegenen Terrains von 14 Hekt. und Einrichtung desselben als Gymnastik- und Turnplatz 434 320 M. (abgesetzt sind also 140 410 M.)

Die Abg. v. Bennigsen und v. Suene konstatiren, daß in der Kommission Einverständnis darüber geherrscht, daß gar keine Aussicht vorhanden gewesen sei, eine höhere Summe zu bewilligen.

Abg. Frhr. v. Walldorf schließt sich dem an, stellt aber fest, daß ein formeller Beschluß in dieser Richtung nicht gefaßt sei.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen, ebenso der Rest der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats.

Titel 11 des Extraordinariums, 121 000 M. für Neubau und Ausstattung einer evangelischen Garnisonkirche in Straßburg beantragt die Kommission zu streichen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Titel 14 enthält die Forderung von 289 000 M. zur Errichtung einer Unteroffizier-Vorschule in Neubreisach.

Abg. Richter (frz.): Dieselben Gründe wie seit Jahren sprechen auch jetzt gegen die Errichtung dieser Anstalt. Zunächst sollte Neubreisach Ersatz für den Verlust der Garnison erhalten. Ferner wurde das Manuelement an Unteroffizieren geltend gemacht. Beides trifft nicht mehr zu. Das Manuelement hat in der letzten Zeit wesentlich abgenommen, das nur vorübergehend vielleicht wegen der neu zu formirenden Regimenter wieder eintreten wird. Dann aber verpöchte man sich von dieser Anstalt die Wirkung, daß die jungen Offiziere mit größerer Reizung, als bisher, sich dem Militärdienst widmen würden. Darum war die Errichtung dieser Schule ein Lieblingswunsch des verstorbenen Statthalters, der aber oft, wie anerkannt ist, die Verhältnisse in Elß-Lothringen unrichtig beurtheilt hat. Ich zweifle sehr daran, daß aus Elß-Lothringen Meldungen zu dieser Schule eintreffen werden. Vor allem möchte ich mich aber dagegen verwahren, daß diese Frage zu einer nationalen aufgebauscht wird. Ich erkläre mich principiell gegen die kassenmäßige Wöhlung junger Leute, wie sie in diesen Anstalten geübt wird. Wir werden nach wie vor auf unserm ablehnenden Standpunkt gegenüber dieser Position beharren.

Abg. Dr. Baumbach (nl.): Diese Position ist in der Budgetkommission, ohne daß darüber ein Wort verloren wäre, angenommen worden. Danach wäre es das Richtige gewesen, daß auch hier im Plenum kein weiteres Wort über diese Angelegenheit verloren worden wäre, am allerwenigsten aber war ich darauf gefaßt von dieser Seite (links) des Hauses. Gestatten Sie mir nun auch, daß ich in wenigen Worten meine Freude darüber ausdrücke, daß dieses Schicksal endlich einmal das Licht der Welt erblicken wird. Diese Angelegenheit beschäftigt uns heute zum 5. oder 6. Male, und es hat sich ein großer Stau von Spezialisten daran gruppiert. Ich drücke dem Kollegen von Maffei, dessen langjährigem Bemühen um diese Angelegenheit heute endlich ein dankbares Anerkenntnis zu Theil wird, die Hand und freue mich mit ihm, daß wir nach vielen Worten endlich zur That geschritten sind. Wenn es ein Gegenstand, der in diesem Hause verhandelt ist, durch die Art der Verhandlung, die Fähigkeit des Widerstands und die Verteidigung eine das Wohl des gewöhnlichen Interesses übersteigende Bedeutung bekommen hat, so ist es diese Unteroffizier-Vorschule zu Neubreisach. Besonders hat dabei der Umstand mitgewirkt, daß diese Schule in Elß-Lothringen errichtet werden soll, und dadurch die ganze Frage einen Hintergrund national-politischer Art erhalten hat. (Widerstand links.) Das ist eine Thatsache, die eigentlich von niemandem bestritten werden sollte. Mehr die militär-technischen Gründe und die Gegenstände will ich mich nicht ausprechen, sie sind so oft im Hause verhandelt worden, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist. Nur über die politischen Gesichtspunkte will ich mich verbreiten. Der Abg. Richter bestritt, daß diese Schule auf die Elß-Lothringern in deutsch-nationalem Sinne wirken würde. Wer die Geschichte von Elß-Lothringen kennt, der kann darüber gar nicht im Zweifel sein, daß aus Elß-Lothringen ganz entschieden zahlreiche Meldungen zu dieser Schule erfolgen werden. Ich wenigstens bin davon sehr überzeugt. Ich verweise dabei auf die Thatsache, daß man in Elß-Lothringen seit Jahren vielfach sich darüber beklagt hat, daß die Verwaltung des Landes ausschließlich sich in Händen von Altkatholiken befände, daß sogar Polizeidiener, Briefträger, Schaffner u. s. w. sich aus altkatholischen Elementen rekrutiren. Wer die Verhandlungen des Bundesrathes kennt, wird mir in dieser Beziehung Recht geben. Durch die Errichtung dieser Unteroffizier-Vorschule bietet sich nun eine Gelegenheit, einen Stau von elß-Lothringischen Militäranwärtern zu schaffen. Dann kommt auch das Interesse der Stadt Neubreisach in Frage. Allerdings ist eine derartige Befehlshaber-Schule eine dauernde Sache, eine Stadt durch Schaffung einer derartigen Schule dauernd in höherer Weise, als es durch eine Garnison der Fall ist, eine Anwesenheit verleiht, so darf man dies auch nicht außer Acht lassen.

Meine politischen Freunde werden einstimmig für diese Position stimmen. Wir wollen durch diese Abstimmung bekunden, daß, so sehr der neue Reichstag auch bemüht ist, auf die Lage der Reichsfinanzen Rücksicht zu nehmen, er ebenso gewillt ist, nicht ängstlich und knauseria da zu sein, wo wir eine Forderung vor uns haben, welche nationale Ziele verfolgt. Auch will ich daran erinnern, daß die Errichtung dieser Frage in diesem Sinne gerade in eine Zeit fällt, wo die politischen Kreise ihre ganze Aufmerksamkeit der Entwicklung der Dinge in Elß-Lothringen widmen. Wie gesagt, wir werden einstimmig für diese Forderung eintreten. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst: Man bemüht sich jede Gelegenheit, um aus politischen Gründen große Ausgaben zu machen. Man will durch die Unteroffizier-Vorschule in Neubreisach einen künftigen Stamm von elß-Lothringischen Unteroffizieren heranzubilden; dieses Ziel wird aber nicht erreicht werden, sondern gerade das Gegentheil. Die Schule in Neubreisach wird mehr von Berlin aus, als aus dem Elß herbeiführt werden.

Abg. v. Maffei (Konst.): Ich will nicht in eine Wiederholung der Reden eintreten, welche ich in den Jahren 83—85 hierüber gehalten habe. Die Bemerkungen, die ich noch hierzu zu machen habe, will ich mir, da die Herren aus dem Elß heute sämmtlich nicht hier sind, bis zur dritten Lesung vorbehalten.

Abg. Richter (frz.): Daß in der Kommission Niemand gegen diese Position gesprochen hat, liegt einfach daran, daß von unseren beiden Kommissionsmitgliedern das eine, der Abg. Baumbach, in der gleichzeitigen tagenden Familienversammlung war. Daß die Unteroffizier-Vorschule hinreichend beschaffen ist, daran zweifle ich nicht, es giebt Leute genug, die ihre Kinder gern auf Staatskosten erziehen lassen. Aber ich habe auch über die Stimmung im Elß unterrichtet, und danach kann ich sagen, daß die Bewilligung dieser Forderung kaum noch populär wäre. Man ist im Elß der Ansicht, daß die Unteroffiziere nicht aus den Unteroffizierschulen, sondern mitten aus der Masse hervorgehen sollen, schon darum, weil ihnen dann eine ganz andere Autorität innewohnt.

Kriegsminister v. Bronsart: Von zwei Seiten ist von neuem gegen die Unteroffizier-Vorschule in Neubreisach Widerspruch erhoben worden. Der Abg. Richter hat versucht, Ihnen noch einmal die Motive vorzuführen, welche seiner Zeit für die Errichtung der Vorschule Ihnen vorgeführt wurden, um nachzuweisen

zu können, daß dieses Bedürfnis gar nicht mehr in dem Maße wie früher vorhanden sei. Was den einen Punkt anbelangt, daß es früher auch als erwünscht bezeichnet wurde, der Stadt Neubreisach einen Ersatz zu geben für seine durch den Einfluß an das deutsche Reich verloren gegangene starke Garnison, so ist das ganz richtig. Es war dies ein starkes Moment für den verstorbenen Statthalter von Manteuffel, um das Projekt zu fördern. In so fern fällt dieser Punkt ja für die Militärverwaltung vollständig fort. Dazu kommt, daß die Abgeordneten aus den Reichslanden stets gegen diese Position, gegen das Interesse der Stadt Neubreisach gestimmt haben; ob dies nun gerade für dieses Haus ein Grund sein sollte, eifrigster zu sein und zu handeln, als die Elßler selbst, ist sehr wohl fraglich. (Sehr richtig.)

Das war aber immer nur ein untergeordnetes Moment für die Militärverwaltung. Wir haben hier ein eigenes Interesse zu betonen. Wenn der Abg. Richter sagt, daß das Manuelement an Unteroffizieren zurückgegangen sei, so ist das allerdings auch richtig, aber es ist immer noch ein erhebliches Unter-Manuelement an Unteroffizieren betragt noch 5,8 Proz. allein im preussischen Reutement, und es wird jetzt entschieden, nach Maßgabe der Heeresverfassung auf weit über das Doppelte, auf 13—14 Proz. steigen. Wenn es auch allmählich wohl wieder verübergehen wird, so sind wir doch gar nicht in der Lage, anzunehmen, daß in der nächsten Zeit das Manuelement verschwindet. Angenommen, diese Unteroffizier-Vorschulen und Unteroffizierschulen ja gerade dazu bestimmt, nicht bloß das Unteroffiziermanuelement ziffermäßig zu decken, sondern auch für bestimmte Stellen im Armeedienst in Bataillon und Eskadron und weiter hinauf ein vorgebildetes Material zu liefern. Wenn Abg. Richter sagt, die Unteroffizierschulen wären nicht aus, nicht beliebt, so kann ich nur sagen, diese Ausbildung ist notwendig, und wenn wir gute Unteroffiziere haben wollen für die verschiedenen Zweige der Armee, so ist eine solche Ausbildung erforderlich dafür, und in der Armee sind diese Unteroffizierschulen beliebt. Das außerdem ein großer Zubruch vorhanden ist, der weit hinausgeht über den Etat, spricht auch in gewisser Weise dafür, daß das doch nicht im Lande ganz unbeliebt ist, und daß man nicht nur dafür ist, weil man seine Kinder auf Staatskosten erziehen läßt, sondern weil man sie auch gut erziehen läßt für den künftigen Beruf. Ganz dasselbe gilt der Fall mit den Kadettenhäusern. Hierüber ist ein großer Zubruch vorhanden und ich schließe daraus, daß diese Anstalten nicht so verachtet sind, wie der Herr Abgeordnete annahm. Was das Verhältnis zwischen Vorgelegten und Untergebenen betrifft, so ist kein Unterschied zu bemerken; das ist genau festgesetzt durch Gesetz und Tradition in der Armee. Dadurch wird nichts geändert darin, ob ein junger Mann in der Unteroffizierschule vorgebildet ist oder als Rekrut drei Jahre geübt hat und dann Unteroffizier geworden ist. Auch wird ja nicht jeder, der aus der Unteroffizierschule kommt, sofort Unteroffizier; ganz ebenso ist es bei den aus den Kadettenhäusern hervorgehenden, es ist ganz egal, ob einer Kadett gewesen ist oder nicht.

Nun ist endlich ein politischer Gesichtspunkt in die Debatte gekommen worden. Wir haben allerdings in der Armeeverwaltung noch den ganz besonderen Gesichtspunkt, daß durch die militärische Erziehung bei diesen jungen Leuten, wenn sie von Jugend an daran gewöhnt werden, das Gefühl der Pflicht sich in ganz besonders fester Weise fixirt.

Ich brauche nicht erst aufzuführen, was wir in letzter Zeit in Bezug auf die Wahlen erlebt haben. Wenn wir uns in mancher Beziehung in Bezug auf Elß-Lothringen getäuscht haben, in einer Beziehung haben wir uns nicht getäuscht. Der Mann, der durch die Armee gegangen ist, ist erbt in der Welle gefaßt worden. (Beifall.) Das beweist die Einberufung zur Reserve. Die Mannschaften sind zur Uebung gekommen, gerade so, wie in den übrigen Landesteilen, obwohl ein Theil von ihnen in Frankreich arbeitete. Von dort fehlte allerdings der größere Theil, d. h. nicht die Majorität, sondern nur im Verhältnis zu den übrigen Mannschaften; aber im Ganzen sind die Leute reichlich und mit bestem Willen ganz ebenso wie aus den alten Provinzen zur Fahne gekommen. Das ist also doch eine Erfahrung, die wir schon haben. Der Militärdienst hat die Leute doch schon näher an das alte Vaterland herangeführt, als es auf anderen Gebieten leider der Fall gewesen ist. Und darum sage ich, um das Bad, das wir unter letzten Umständen wieder lassen werden (Beifall), und näher zu bringen, haben wir kein Mittel außer Acht zu lassen, daß zu diesem Zwecke beitragen kann (Beifall).

Abg. v. Kardorff macht auf den Widerspruch aufmerksam, daß Abg. Richter einerseits für zweijährige Dienstzeit schärfere bezog, darauf hinwies, dagegen der allmählich doch unzulänglich nötigen Vermehrung der Instruktionsschulen sich widersetze.

Abg. Richter ist gern bereit, mit dem Vortrager sich dann zu verhandeln, wenn es sich wirklich um Verklärung der Dienstzeit handeln werde. Im übrigen verweise er durchaus nicht den analogen Einfluss des Dienstes im Heere, aber bei der Unteroffizier-Vorschule in Neubreisach handle es sich um Erziehung junger Leute abgeschlossen von der Familie. Eine kassenmäßig abgeschlossene Erziehung, wie sie überhaupt in ganz Deutschland perhorrescirt, wolle er auch nicht im Elß eingeführt sehen.

Abg. Dr. Alquist (nl.): Der Herr Abg. Richter hat die Annahme dieser Position als einen unpopulären Akt bezeichnet. Wir werden unjenerseits und nicht scheuen, dieses Wort abzugeben. Die Herren von der anderen Seite haben mehrfach schon, auch bei den Wahlen, den Umschwung in der Stimmung des Volkes ihnen gegenüber auf die Kriegsfurcht geschlossen. Wenn ich doch hätte, wäre ich versucht, in unserem Interesse die Herren in dieser Fassung zu lassen, aber ich bin nicht so hochhaft. Ich habe den bisherigen Verhandlungen über die Unteroffizier-Vorschule in Neubreisach nicht beigewohnt, aber ich kann behaupten, daß in sehr weiten Kreisen des Volkes durch die Abstimmung gegen diese Einrichtung eine große Verwirrung entstanden ist, so daß diese Verwirrung, verursacht durch eine Reihe anderer derartiger Abstimmungen, nur schließlich zum entscheidenden Ausdruck bei den letzten Wahlen gekommen ist. (Sehr richtig.) Da kann ich sagen, es wäre von meinem Fraktionsstandpunkte her, die Herren in der Fassung zu lassen, aber ein größeres nationales Interesse führt mich dazu, mich zu freuen, wenn die Herren endlich zu anderer Ansicht gelangt sind.

Die Position wird gegen die Stimmen des Centrums, der Deutschfreisinnigen und der Sozialdemokraten bewilligt. (Beifall.)

Obne Debatte wird in Gemäßheit des Kommissionsantrages die für Neubau und Ausstattung einer Kaserne nebst Zubehör für ein Bataillon Infanterie in Griefswald aus der ersten Rate in Höhe von 200 000 M. gestrichen.

Der Rest des Militäretats wird ohne Veränderung angenommen, ebenso der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

Hierauf verläßt sich das Haus bis Mittwoch 12 Uhr. (Dritte Beratung des Musterungsvertrages mit Serbien; Rest des Etats in zweiter Lesung und zweite Beratung der Novelle zum Reichsbeamten-Gesetz.)

Schluß 4½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 21. März.

11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Friedberg und mehrere Kommissarien.

Gemäß dem Antrage der Rechnungskommission wird eine Reihe von Etatsübersichtungen aus dem Jahre 1883/84 nachträglich genehmigt und im übrigen die Entlastung der Regierung in Beziehung auf die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1883/84 sowie die Rech-

